



Prot. Nr. SL/OK

Bozen, 30. Mai 2016

Bearbeitet von:  
Karin Obexer  
Tel. 0471 417594  
Karin.Obexer@schule.suedtirol.it

An die  
Schulführungskräfte  
aller Schulstufen

z.K. An die  
Schulgewerkschaften

## Rundschreiben Nr. 23/2016

### NEUERUNGEN im Bereich des Mutterschutzes

Sehr geehrte Frau Direktorin!  
Sehr geehrter Herr Direktor!  
Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Sekretariaten!

Mit dem Gesetzesdekret vom 15.06.2015, Nr. 80 wurden folgende Neuerungen eingeführt bzw. auf gesetzliche Ebene gehoben, mit Art. 43 Absatz 2 des Gesetzesdekretes vom 14.09.2015, Nr. 148, wurden die Neuerungen auch für die darauffolgenden Jahre nach 2015 bestätigt:

1. Einführung von Artikel 16-bis im GvD Nr. 151/2001 mit folgendem Wortlaut: 16-bis: 1. Bei Einlieferung des Neugeborenen in eine öffentliche oder private Einrichtung hat die Mutter das Recht, die Unterbrechung der Mutterschaftszeit, bezogen auf die Zeiträume laut Artikel 16, Absatz 1, Buchstaben c) und d) zu beantragen und die Mutterschaftszeit ab dem Datum der Entlassung des Kindes in Anspruch zu nehmen. 2. **Neu ist, dass das in Absatz 1 angeführte Recht pro Kind einmal in Anspruch genommen werden kann, und dass es nur dann in Anspruch genommen werden kann, wenn dem Arbeitgeber eine ärztliche Bescheinigung vorgelegt wird, welche die Vereinbarkeit des Gesundheitszustandes der Frau mit der Wiederaufnahme der Arbeitstätigkeit bestätigt.**

2. Abänderung von Artikel 24, Absatz 1 des GvD Nr. 151/2001: Dieser lautet nun wie folgt: 1. Das Mutterschaftsgeld wird auch bei Auflösung des Arbeitsvertrags in den von Artikel 54, Absatz 3, Buchstaben a), b) und c) vorgesehenen Fällen gezahlt, die während der Zeiträume der Mutterschaft laut Artikel 16 und 17 eintreten. **Neu ist, dass auch bei Auflösung des Arbeitsvertrags aufgrund eines grob fahrlässigen Verhaltens der Arbeitnehmerin, welches an und für sich einen gerechtfertigten Grund für die Auflösung des Arbeitsverhältnisses darstellt, das Mutterschaftsgeld gezahlt werden muss, falls die Auflösung des Arbeitsverhältnisses in die Mutterschaftszeit laut Artikel 16 und 17 fällt.**

3. Einführung von Absatz 6-bis in den Artikel 26 des GvD Nr. 151/2001 mit folgendem Wortlaut: Absatz 6-bis: Die Bestimmung laut Artikel 16-bis findet auch für die in diesem Artikel geregelte Mutterschaftszeit statt. **Neu ist somit, dass die Bestimmung laut Punkt 2 dieser Mitteilung auch für die Mutterschaftszeit aufgrund von Adoption und Anvertrauung zwecks Adoption zur Anwendung kommt.**

4. Einführung von Absatz 1-bis und 1-ter in den Artikel 28 des GvD Nr. 151/2001 mit folgendem Wortlaut: Absatz 1-bis: Die Bestimmungen laut Absatz 1 kommen auch dann zur Anwendung, falls die arbeitende

C:\Users\pb15440\AppData\Local\Microsoft\Windows\Temporary Internet Files\Content.Outlook\RKQ5RJ\K\Mutterschutz-Neuerungen\_GVD\_80\_2015.doc



Mutter selbständig ist und Anrecht auf die Vergütung laut Artikel 66 hat. **Neu ist somit, dass die Bestimmung, wonach der Vater bei Ableben der Mutter, bei schwerer Behinderung der Mutter, falls die Mutter das Kind verlässt oder falls dem Vater das ausschließliche Sorgerecht übertragen wurden, auch dann Anrecht auf Beanspruchung des von der Mutter nicht beanspruchten Teiles der Mutterschaftszeit hat, wenn die Mutter selbständig ist und Anrecht auf die Vergütung laut Artikel 66 hat.**

5. Abänderung von Artikel 31, Absatz 2, des GvD Nr. 151/2001. Dieser lautet nun wie folgt: 2. Die Abwesenheit laut Artikel 26, Absatz 4, steht zu denselben Bedingungen auch dann dem arbeitenden Bediensteten zu, wenn die Mutter nicht arbeitet. **Neu ist somit, dass bei internationaler Adoption der arbeitende Vater auch dann den unbezahlten Sonderurlaub für das Zusammenkommen mit dem Adoptivkind in Anspruch nehmen kann, wenn die Mutter nicht arbeitet.**

6. Abänderung von Artikel 33, Absatz 1, des GvD Nr. 151/2001. Dieser lautet nun wie folgt: 1. Für jeden Minderjährigen mit schwerer Beeinträchtigung, die im Sinne von Artikel 4, Absatz 1 des Gesetzes Nr. 104/1992 bescheinigt wird, hat die arbeitende Mutter oder, alternativ dazu, der arbeitende Vater, innerhalb des 12. Lebensjahres des Kindes, Anrecht auf Verlängerung der Elternzeit. Diese kann kontinuierlich oder in Abschnitte aufgeteilt für höchstens 3 Jahre, inklusive des Zeitraums laut Artikel 32 (= Elternzeit), in Anspruch genommen werden. Voraussetzung ist, dass das Kind nicht vollzeitig in spezialisierten Instituten aufgenommen ist; außer auch in diesen Fällen ist von Seiten der Einrichtung die Anwesenheit des Elternteils beantragt. **Neu ist somit, dass die Verlängerung der Elternzeit bis zum 12. Lebensjahr des Kindes in Anspruch genommen werden kann und nicht, wie bisher, bis zum 8. Lebensjahr des Kindes. Die Bezahlung erfolgt laut Art. 34 Absatz 2 des Legislativdekretes 151/2001. Es steht auch zwischen dem 8. und 12. Lebensjahr eine Besoldung von 30% zu.**

7. Abänderung von Artikel 36, Absatz 2, des GvD Nr. 151/2001. Dieser lautet nun wie folgt: 1. Unabhängig vom Alter des Minderjährigen können Adoptiv- und Anvertraungseltern die Elternzeit innerhalb von 12 Jahren nach dem Eintritt des Minderjährigen in die Familie bzw. höchstens bis zu dessen Volljährigkeit in Anspruch nehmen. **Neu ist somit, dass Adoptiv- und Anvertraungseltern die Elternzeit bis zum 12. Jahr nach dem Eintritt des Minderjährigen in die Familie und nicht, wie bisher, bis zum 8. Jahr nach dem Eintritt des Minderjährigen in die Familie beanspruchen können.**

8. Abänderung zum Artikel 32, Absatz 1, des GvD Nr. 151/2001. Dieser lautet nun wie folgt: 1. Die Eltern haben für jedes Kind, innerhalb dessen 12. Lebensjahres, Anrecht auf Arbeitsenthaltung. **Neu ist somit, dass die Elternzeit bis zum 12. Lebensjahr und nicht, wie bisher, bis zum 8. Lebensjahr beansprucht werden kann.**  
**Folgendes ist zur Elternzeit zu beachten:**

- Die Abänderungen zum Artikel 32, Absatz 1 des GvD Nr. 151/2001, betreffend die Modalitäten der Inanspruchnahme der Elternzeit in Tagen bzw. Stunden, werden im Rahmen der Verhandlungen des neuen Kollektivvertrages behandelt. Die Elternzeit ist umfassend im geltenden Landeskollektivvertrag vom 23.04.2003 geregelt.
- Die Abänderungen zum Artikel 34, Absätze 1 und 3 des GvD Nr. 151/2001, betreffend die wirtschaftliche Behandlung der Elternzeit, werden nicht zur Anwendung gebracht, da die wirtschaftliche Behandlung bei der Elternzeit umfassend im Landeskollektivvertrag vom 23.04.2003 geregelt ist. Die wirtschaftliche Behandlung bei der Erhöhung vom 8. auf das 12. Lebensjahr wird die staatliche Regelung angewandt, d.h. wird die Elternzeit zwischen dem 8. und dem 12. Lebensjahr beansprucht, erfolgt diese **ohne Bezahlung**.
- Die Abänderungen zum Artikel 36, Absatz 3 des GvD Nr. 151/2001, betreffend die wirtschaftliche Behandlung der Elternzeit von Adoptiv- und Anvertraungseltern, werden nicht zur Anwendung gebracht, da die wirtschaftliche Behandlung der Elternzeit von Adoptiv- und Anvertraungseltern jener entspricht, die umfassend im Landeskollektivvertrag vom 23.04.2003 geregelt ist. Die wirtschaftliche Behandlung bei der Erhöhung vom 8. auf das 12. Jahr nach dem Eintritt des Minderjährigen in die Familie wird die staatliche Regelung angewandt, d.h. wird die Elternzeit zwischen dem 8. und dem 12. Lebensjahr beansprucht, erfolgt diese ohne Bezahlung.



Für Informationen wenden sie sich bitte an die zuständigen Sachbearbeiterinnen:  
Frau Sabine Gruber (0471 – 417574), Frau Doris Bauer (0471 – 417573) oder Frau Karin Obexer (0471 – 417594).

Mit freundlichen Grüßen

Der Schulamtsleiter  
Peter Höllrigl

Anlagen